



Was uns bleibt, ist, auf uns selbst aufzupassen

Gastkommentar. Hannes Androsch über falsches Sparen, kritische Infrastruktur und den Sündenfall des Bank-Austria-Verkaufs.

VON HANNES ANDROSCH

Schon die erste Welle der Covid-Krise hat uns gezeigt, wie fragil unsere Volkswirtschaft ist. Und wie wenig belastbar unser in mehrere Sparwellen bis auf die Knochen zusammengestutzter Staat und seine Behörden waren. Es waren wohl eher Zufall und Glück, die uns einigermaßen glimpflich durch diese erste Phase brachten. Bis heute ist es nicht gelungen, die als Folge der Zerschlagung der Generaldirektion für Öffentliche Gesundheit entstandenen Koordinations- und Managementdefizite im Krisenmanagement zu kompensieren.

Wer gehofft hat, dass Bund, Länder und Behörden unter dem vom Kanzler ausgerufenen Freibrief des „Koste es, was es wolle“ die Sommermonate als Chance genutzt hätten, Kapazitäten aufzubauen, um für eine zweite Welle besser gewappnet zu sein, muss sich heute enttäuscht sehen. Wir stehen fast hilflos bis zum Hals in der zweiten Welle. Was uns bleibt, ist auf uns selbst aufzupassen.

Ein Staat, der sich selbst ernst nimmt, oder besser: eine Regierung, die den Staat ernst nimmt, darf sich nicht bis zur Handlungsunfähigkeit kaputtsparen. Das hat

nichts mit Keynes oder Hayek zu tun. Das ist eine Frage des Hausverstandes. Doch auch Unternehmen und vor allem die Wirtschafts- und Standortpolitik haben angesichts der wirtschaftlichen Folgen dieser Krise ihre Schlüsse zu ziehen. Bei allen Vorteilen der Globalisierung: Österreich muss schauen, dass es hat, was es braucht, wenn es darauf ankommt. Effizienz darf nicht nur eine Funktion der Ertragsoptimierung sein. Wir müssen wieder lernen, mit Toleranzen und Reserven zu wirtschaften.

Eigenständiges Bankensystem

Es geht um mehr als die Fähigkeit, sich ausreichend mit Lebensmitteln, Masken oder Medikamenten versorgen zu können. Standortpolitik bedeutet auch, darauf zu achten, dass unternehmerische Entscheidungen weiterhin in Österreich getroffen, nicht aus dem Ausland dekretiert werden. Die Werkschließung der MAN in Steyr ist mahndendes Beispiel: Schmerzliche Entscheidungen werden im Zweifel so getroffen, dass die Folgen möglichst weit weg vom Sitz des Entscheidungsträgers eintreten. Auch die Eigenständigkeit wesentlicher Teile unseres Bankensystems ist eine wichtige Säule der kritischen Infrastruktur unseres Landes. Da-

bei geht es um die Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs, die Bereitstellung notwendiger Kreditvergaben an unsere Unternehmen, und – ja, auch um die Aufrechterhaltung des Kapitalmarkts.

Die aktuell hart geführte juristische Auseinandersetzung zwischen italienischer UniCredit und Österreichs 3-Banken-Gruppe zeigt das Problem: Dort ein italienischer Großkonzern, in der notorisch prekären italienischen Wirtschaftslage geleitet von ganz eigenen Notwendigkeiten, hier drei prosperierende, in ihren Regionen verankerte österreichische Banken. Schon der Verkauf der Bank Austria samt Creditanstalt an das Ausland war ein Sündenfall, die folgende Filetierung zugunsten der Mailänder Zentrale nur mehr eine erwartbare Konsequenz. Gelingt es der UniCredit heute mit ihrem juristischen Krieg, die 3 Banken unter italienische Kontrolle zu bringen, hat der Finanzplatz Österreich ein weiteres, wichtiges Stück seiner Infrastruktur ans Ausland verloren. Das darf nicht passieren. Es ist an der Zeit, über Grundsätzliches zu reden. Im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft.

Hannes Androsch (*1938) ist Unternehmer und ehemaliger Finanzminister (1979–81) und Vizekanzler unter Bruno Kreisky.